

Post-Corona-Forderungskatalog

- **Feminismus**
- **Demokratie**
- **Mobilität**
- **Gesundheit und Soziales**
- **Digitalisierung**
- **Chancengerechtigkeit**

Feminismus und Corona

1. EINLEITUNG

Die Corona-Krise offenbart, dass patriarchale Strukturen in unserer Gesellschaft noch viel tiefer verankert sind, als uns bewusst ist, dass viele emanzipatorische Errungenschaften -oft unbemerkt -verschwinden und scheinbar selbstverständlich in hierarchische, unrepräsentative Strukturen zurückgekehrt werden kann. Sei es in Bereichen politischer und privater Entscheidungsfindung, in sozialen Handlungsmustern oder in der öffentlichen Meinungsvertretung: Eine männliche Norm und Perspektive wird uns als vermeintlich neutral vermittelt, während Frauen und andere marginalisierte Gruppen aus der öffentlichen Wahrnehmung zurücktreten.

DAX-Konzerne, klassische Industrie und weitere männlich dominierte Sektoren haben Vorrang, während der Versorgungssektor kaum berücksichtigt wird und scheinbar unbegrenzt belastbar sein muss, wie die wirtschaftspolitische Priorisierung von Autoindustrie, Möbelhäusern und Airlines im politischen Diskurs zeigt. Die Lufthansa bekommt Unterstützung in Milliardenhöhe, während soziale Folgen von ausgesetzter Kinderbetreuung kaum oder gar keine Beachtung finden.

Diese Schieflage wird aktuell immerhin kritisch diskutiert, schlägt sich verhältnismäßig aber kaum in konkreten Maßnahmen nieder. Das zugrundeliegende Problem: nach den institutionell verankerten Ursachen dieser rückwärtsgewandten Handlungsautomatismen wird zu wenig gefragt.

Somit fordern wir, dass der weiteren Institutionalisierung und Selbstverstärkung von patriarchalen Strukturen, die den alltäglichen und politischen Umgang mit dieser Krise prägen, entgegengewirkt wird! Dazu bedarf es einer Reihe von lang- und kurzfristigen Maßnahmen zur Unterstützung systemisch benachteiligter Gruppen. Wir brauchen ein zukunftsfähiges Konzept für ein nachhaltiges Krisenmanagement, das den Prinzipien und Werten einer gleichberechtigten, sozialen und modernen Gesellschaft entspricht und Ungleichheiten entgegengewirkt, statt sie weiter zu befeuern.

2. CARE ARBEIT / VERSORGUNGSWIRTSCHAFT

Die Corona-Krise hat uns die schon lange bestehenden Missstände in der Pflege und in der häuslichen Care-Arbeit aufgezeigt. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die weiblich dominierten Pflegeberufe unterdurchschnittlich schlecht bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen zu wünschen übrig lassen. Dazu kommt die unbezahlte Care-Arbeit, die -zumeist -Frauen jeden Tag leisten. (Und doch wurden sofort alle Kindergärten geschlossen und Baumärkte durften offen bleiben.) Auch die ersten Lockerungsmaßnahmen haben uns gezeigt, dass gesellschaftliche Belange den marktwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden und die Verzweiflung von Eltern kein Gehör findet. Sicher ist, dass KiTas systemrelevant sind und Eltern ein grundgesetzliches Recht darauf haben, ihr Arbeits- und Familienleben miteinander vereinbaren zu können.

Viele standen klatschend auf den Balkonen, um das Gewissen zu erleichtern -doch was ändert sich dadurch? Die Pfleger*innen werden nicht besser bezahlt und die Arbeitsbedingungen werden immer prekärer. Frauen stecken momentan reihenweise zurück und können Aufstiegschancen nicht wahrnehmen, während viele Männer die Krise nutzen und ihre Karriere voranbringen. Schon in vergangenen Krisen hat sich gezeigt, dass Frauen danach deutlich länger mit Gehaltseinbußen zu kämpfen hatten als Männer und sie ihre Erwerbsarbeitszeit gegenüber der kaum honorierten "Familienarbeitszeit" viel stärker kürzten. Das steigert das Risiko von weiblicher Altersarmut enorm, mindert sozialversicherungsrechtliche Ansprüche und verringert Aufstiegschancen. Das müssen wir verhindern!

Forderungen:

- Für wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen nach der Krise ist mittels geeigneter Instrumente, z.B. Gender Budgeting Analysen für Konjunkturpakete, zu prüfen, ob geschlechtlich unterschiedlich dominierte Wirtschaftsbereiche und Beschäftigungsverhältnisse ausgewogen repräsentiert sind. Damit kann sichergestellt werden, dass die hauptsächlich von Frauen getragene private Versorgungsökonomie, als Grundlage unseres gesamten Wirtschaftens, angemessen berücksichtigt wird.
- Im Pflegebereich ist das Wachstumspotential angesichts des demografischen Wandels riesig, weshalb endlich eine stabilere Personalbasis geschaffen werden muss! Dafür müssen eine erheblich höhere Bezahlung und deutlich bessere Arbeitsbedingungen realisiert werden. Nur so gelingt dauerhaft eine gesellschaftliche Aufwertung der Care-Arbeit, nicht durch selbstgerechtes symbolisches Klatschen!

- Um zu verhindern, dass weiterhin die meiste unbezahlte Care-Arbeit an Frauen hängen bleibt, muss die gesellschaftliche Relevanz von privater Haus-, Bildungs- und Pflegearbeit viel stärker betont werden. Unterstützende Maßnahmen könnten die Entlohnung von Hausarbeit oder eine Kinderbetreuungskreuz sein. Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35-30 Stunden würde es ermöglichen, die Familien- und Hausarbeit zwischen Partner*innen besser aufzuteilen.

Die Ermöglichung einer individuellen Reduktion oder Aufstockung der Arbeitszeit (jenseits der starren Voll- und Teilzeit) käme der Lebensrealität von Frauen noch näher.

- Die Systemrelevanz der Kinderbetreuung muss Anerkennung finden. Wir fordern das Recht auf einen kostenlosen Platz in der Kinderbetreuung und eine finanzielle sowie personelle Aufstockung von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Zukünftig muss für die berufliche und private Pflege- und Sorgearbeit schon in der Kinderziehung und Schulbildung viel stärker sensibilisiert werden. Alle Jugendlichen sollten während ihrer Schulzeit ein Pflichtpraktikum im sozialen Bereich absolvieren. Schon vorhandene Instrumente wie die "Boysdays", an denen Jungen in traditionelle Frauenberufe hineinschnuppern können, müssen verstärkt im Unterricht vorbereitet und diskutiert werden, um eine echte Wirkung zu entfalten.

3. ÖFFENTLICHKEIT UND MEDIEN

Wir stellen mit Bedauern fest, dass seit Beginn der Krise die öffentliche Diskussionen zum Thema Feminismus deutlich abgenommen haben. Aussagen wie: „Wir haben jetzt wichtigeres zu erledigen!“, werfen hart erkämpfte Gleichstellungsbemühungen um Jahrzehnte zurück. Weibliche Meinungen, die das anprangern, werden überhört und übergangen, als könne man sich Geschlechtergerechtigkeit nur leisten, wenn es der Gesellschaft gut ginge. Männliche Entscheidungsträger profilieren sich als Krisenmanager, "Hahnenkämpfe" über die besten Einschränkungs- und Lockerungsmaßnahmen überschatten einen sachlichen Diskurs. Wir sehen, dass veraltete Stereotype offensichtlich reproduziert werden: es wird von „Ärzten“ und „Krankenschwestern“ gesprochen und vielen Frauen wird eine fürsorgende Rolle abverlangt, während sich Männer als Macher und Retter inszenieren.

Das unausgeglichene Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den Chefredaktionen deutscher Leitmedien zeigt, dass die Themensetzung in ihrer Grundstruktur vorwiegend auf männlichen Entscheidungen beruht. Talkshowrunden unterstreichen durch unparitätische Auswahl der Teilnehmer*innen die vermeintlich größere Wichtigkeit von männlichen und weißen Gästen.

In sozialen Medien sind erfolgreiche Frauen in einem deutlich kleineren Themenspektrum sichtbar; besonders der Bereich Unterhaltung ist sehr stark männlich dominiert. Frauen treten deutlich häufiger in Bereichen wie Beauty, Kochen, Haushalt und Familie in Erscheinung. Dadurch werden stereotype Frauenideale vorgelebt, die das Selbstwertgefühl junger Followerinnen sehr stark mindern und die Realität verzerren.

Aber auch junge Erwachsene werden durch die Darstellung eines vermeintlich perfekten Lifestyles durch andere Social-Media-Nutzer*innen vor unerreichbare Erwartungen gestellt. Unsicherheiten, extremer psychischer Druck und Bodyshaming sind die Folge.

Darüber hinaus nimmt sexualisierte Belästigung in sozialen Netzwerken immer stärker zu. Vor diesem Problem stehen fast ausnahmslos Frauen, die auf übergriffige, verletzende und verachtende Weise eingeschüchtert und belästigt werden. Die Hemmschwelle, solche Nachrichten zu verfassen, ist durch fehlende gesellschaftliche Thematisierung immer weiter gesunken. Täter werden in den seltensten Fällen angezeigt, auch da es selten zu urteilen kommt. Die Krise hat uns besonders deutlich gezeigt, dass unsere Forderungen eine noch vielgrößere Relevanz bekommen haben:

- Es bedarf einer Quotierung von Parlamenten, Vorständen und Chefredaktionen sowie von temporären Krisenstäben und öffentlichen Diskussionen. Frauen müssen explizit zur Präsenz ermutigt werden, damit geschlechtsbezogenes Misstrauen abgebaut und stereotype Denk- und Handlungsmuster durchbrochen werden können.
- Wir wollen mehr Förderung von Bildungsangeboten zur reflektierten Nutzung von Medien, insbesondere sozialer Netzwerke. Themen wie sexuelle Belästigung und Bodyshaming müssen verstärkt aufgegriffen und kritisch eingeordnet werden.

Selbstinszenierung in Sozialen Medien: <https://malisastiftung.org/wp-content/uploads/Selbstinszenierung-in-den-neuen-Medien.pdf>

Frauenanteile in Führungspositionen der priv. Medienhäuser: https://www.pro-quote.de/wp-content/uploads/2019/11/ProQuote-Studie_print_online_digital-2019.pdf

4. GLEICHBERECHTIGTE DEMOKRATIE

Von wem werden Entscheidungen in Zeiten von Corona gemacht? Welche Stimmen werden noch gehört und wer wird an Entscheidungsprozessen beteiligt?

Dass Frauen bei einer Frauenquote von 30% im Bundestag noch nicht die Hälfte der politischen Macht haben, war uns schon vor der Krise klar, aber gerade jetzt verstärkt sich dieses Gefälle deutlich.

In Krisenstäben sitzen fast ausschließlich Männer, auch die aktuell "wichtigen, harten" Ministerien (Gesundheitsministerium, Finanzministerium, Wirtschaftsministerium, Innenministerium...) sind auf Bundesebene männlich besetzt. Die Ministerpräsident*innen der Bundesländer sind mit deutlicher Mehrheit (14/16) in Männerhand. All das hat folglich auch dazu geführt, dass bei den entscheidenden Pressekonferenzen am Anfang der Krise ausschließlich männliche Personen zu sehen waren, die sich als "Macher" in der Krise präsentiert haben.

Eine wenig diverse, privilegierte Gruppe trifft also die Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung und vermittelt uns dabei eine vermeintlich neutrale Perspektive. Klar ist aber, dass Entscheidungen nicht nur aus einer einseitigen Machtperspektive heraus durchdacht werden können, wenn sie vielen Menschen zugutekommen sollen. Nicht nur im politischen Alltag ist es üblich, Expert*innen heranzuziehen -und derzeit sind diese Expert*innen alleinerziehende Mütter und berufstätige Eltern, die von den Maßnahmen sehr stark getroffen wurden!

Politische Entscheidungsprozesse sind also auf die Perspektive von Frauen und anderen partiell und intersektional diskriminierten Gruppen, Jungen, Kranken, ökonomisch Schwachen und Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen. Nur so können durchdachte und kluge Maßnahmen eingeleitet werden, die mit Fachwissen und Erfahrungen untermauert sind. In Brandenburg trägt die feministische Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen schon Früchte. Wir haben eine weibliche Gesundheitsministerin gestellt, die momentan viele wichtige Entscheidungen trifft, dabei gute Arbeit leistet und besonnen in Erscheinung tritt. Frauen in Entscheidungspositionen zahlen sich aus!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass wir mit der Gleichberechtigung noch lange nicht am Ziel sind! Deswegen ist es umso wichtiger, weiter an den Forderungen für eine feministischere Gesellschaft festzuhalten! Wir fordern mindestens die Hälfte der Macht für Frauen bei politischen und demokratischen Entscheidungen und Prozessen!

Forderungen:

- Wir fordern konsequent paritätisch besetzte Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene!
- Entscheidungen müssen von einer möglichst diversen Gruppe getroffen werden, damit viele Belange berücksichtigt werden können und verschiedene Stimmen gehört werden.
- Wir fordern eine frühe Einbindung und Beteiligung aller Menschen, was auch die Förderung von weniger stark vertretenen Gruppen bei der demokratischen Meinungsbildung einschließt.
- Wir fordern die konsequente Beteiligung von Frauen im parlamentarischen Leben: Dazu braucht es mehr Unterstützungsmaßnahmen (neben Quoten), wie die Förderung von bestärkenden Frauen-Netzwerken, von exklusiven Frauen-Foren bei Plenarsitzungen oder allgemein im parlamentarischen Alltag.
- Außerdem fordern wir in allen öffentlichen Bereichen obligatorische Gender- und Diversitätstrainings, sowie eine Anreizsetzung für Unternehmen, ihre Mitarbeitenden verstärkt an diesen teilnehmen zu lassen.
- Wir fordern, dass eine systematische Einbindung von Frauen und v.a. Expert*innen mit genderpolitischer Kompetenz in Entscheidungszentren angestrebt wird, um die möglichen Folgen von Entscheidungen gleichstellungsorientiert abschätzen- und geschlechtlich vorstrukturierte Ausgangslagen berücksichtigen zu können.
- Innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen muss ein Diskurs angeregt und daraus ein Konzept abgeleitet werden, wie familien- und frauenfreundlichere Treffen und Gremienstrukturen erreicht werden können, z.B. mithilfe von Liveübertragungen, Online-Sitzungen und sensibler Vergabe von Redebeiträgen.

Demokratie und Corona

Gemeinwohl, Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit und funktionieren nicht ohne aktive Beteiligung, darauf weisen seit Jahren der weltweite Rechtsruck, wachsende Ungleichheit und nicht abnehmenden internationale Konflikte hin. Aber die Corona-Krise offenbart gesellschaftliche Schief lagen besonders eindrücklich. Es ist Zeit, dass sich systematisch etwas ändert, von sozialstaatlichem Handeln über die Grundlage von Entscheidungsprozessen, von der makropolitischen Ebene des Selbstbildes einer europäischen Gemeinschaft bis zu unserer innerparteilichen Struktur bei Bündnis90 / Die Grünen.

Demokratische Beteiligung ist ein hohes Gut, welches genutzt und gepflegt werden muss. Die aktuellen Schief lagen unserer Demokratie hat die Corona-Krise eindrücklich offenbart.

Diversität und Demokratische Entscheidungsstrukturen

In Verwaltung, Politik und Wirtschaft haben sich im Zuge der Corona-Pandemie auf einigen Ebenen exklusive, hierarchische und intransparente Entscheidungsstrukturen entwickelt. Selbst wenn vorher Ansätze zur Demokratisierung und Integrationsstrategien vorhanden waren, haben sie sich offensichtlich nicht als selbstverständlicher, grundlegender Wertekonsens innerhalb der (Erwerbs-) Arbeitswelt etabliert, da die Krisensituation sie vielfach blindlings hinweggefegt hat.

Damit das sich ändert, fordern wir:

- Die Ausarbeitung einer bundesweit gültigen Richtlinie zur Förderung von Vielfalt, Chancengleichheit, Mitbestimmung und innerorganisatorischem Gemeinwohl durch eine unabhängige, staatlich beauftragte und geförderte Stelle auf Basis bisheriger Forschungen und Empfehlungen (vgl. Charta der Vielfalt https://www.charta-der-vielfalt.de/fileadmin/userupload/StudienPublikationenCharta/Chartader_Vielfalt-0%CC%88H-2017.pdf). Sie kann Vorgaben zur Formulierung von Zielen, einer Analyse des Status quo, Strategien, Maßnahmen (z.B. Runde Tische, Netzwerke, Mentoring-Programme, Workshops und Trainings, Diversity-Inputs und Multiplikator*innen, Quoten, Regeln für Sprachgebrauch) und Messung von Erfolgen beinhalten.
- Die Richtlinie ist nicht als optionale Selbstverpflichtung anzusehen, sondern soll für staatliche Institutionen und Verwaltung obligatorisch sein. Die Umsetzung muss vergleichbar dokumentiert und überprüft werden. Für private Unternehmen soll dadurch der Anreiz wachsen, sich an dieser Richtlinie zu orientieren, stärkere Maßnahmen und Anstrengungen als bisher zu unternehmen.

Transparenz und Bürger*innenbeteiligung in politischen Prozessen

In Krisenzeiten darf eine Demokratie wie unsere nicht in ein System beteiligungsferner und unrepräsentativer Entscheidungszirkel zurückfallen. Entscheidungsstrukturen in Politik und Wirtschaft sind in vielen Bereichen noch nicht transparent genug und sollten durchlässiger für Personen und Institutionen, die ihre Expertise und vor allem eine neue Perspektive auf die umzusetzenden Maßnahmen mitbringen, werden.

Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung eines bundesweiten Bürger*innenrates, sowie regionaler Bürger*innenversammlungen. Diese müssen von einer unabhängigen, staatlich finanzierten Institution organisiert und koordiniert werden, wie es der erste deutsche Bürgerrat empfohlen hat, der 2019 in Leipzig stattgefunden und vielstimmiges Lob erhalten hat. Der Aushandlungsprozess bezüglich der Umsetzung von mehr direkter Bürger*innenbeteiligung in dieser Form muss spätestens nach der Corona-Krise eingeleitet werden. Politische Entscheidungen müssen den Willen der Bevölkerung endlich repräsentativ widerspiegeln, in der aktuellen Krise ist das Gegenteil der Fall!

Europäische Gemeinschaft Grenzschießungen innerhalb des Schengenraums sollten weder leichtfertig noch unkoordiniert vorgenommen werden. Zwar sind auf Grundlage des Schengener Grenzkodexes vorübergehende Kontrollen an Binnengrenzen möglich, Voraussetzung ist jedoch eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit. Generell gilt es bei Grenzschießungen immer die Vorteile für den Gesundheitsschutz gegen die Einschränkungen im Bereich der europäischen Zusammenarbeit abzuwägen. Sobald, wie in der jetzigen Phase der Pandemie, die Ansteckungen und Maßnahmen sich auf beiden Seiten der Grenze angleichen, entfallen die gesundheitlichen Vorteile zunehmend. Wichtig ist, dass die Einführung von Grenzkontrollen in dieser Krise nicht als Vorwand für dauerhafte Kontrollen innerhalb Europas genutzt wird.

Wir fordern:

- Die kritische Aufarbeitung der Mechanismen, die zu Beginn der Corona-Pandemie zu protektionistischen Entscheidungsketten geführt haben. In Krisenzeiten braucht es ein solidarisches und koordiniertes Verhalten innerhalb Europas, welches im Besten Fall Grenzschießungen von Anfang an überflüssig macht.

Transparenz und Basiseinbindung bei Bündnis 90/Die Grünen

Basis ist Boss! Das darf nicht nur in Wahlkampfzeiten unser Motto sein. Auch in Krisen muss es erhalten bleiben! Aus diesem Grund fordern wir besonders in brenzligen Zeiten die aktive Einbeziehung der Basis, gerade von unserer Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen. Neben regelmäßig stattfindenden mitgliederöffentlichen Telefonkonferenzen müssen (Online-)Foren zum Austausch angeboten werden. Bündnis-Grün besetzte Ministerien, welche unmittelbar mit dem Krisengeschehen verknüpft sind, sollen in ebenfalls regelmäßigen Abständen Updates zur Situation an alle Mitglieder herausgeben. Die für diesen notwendigen Austausch benötigten Kommunikationswege müssen dem digitalen Zeitalter entsprechend mitentwickelt werden.

Auch unabhängig der Corona-Krise bedarf es mehr Transparenz seitens bündnisgrüner Regierungsmitglieder. Wir fordern, dass in Zukunft nachvollziehbar dargelegt wird, in welcher Weise wichtige Stellenbesetzungen in Staatskanzlei und Ministerien durch grüne Minister*innen beeinflusst werden. Zudem fordern wir ein: Nicht nur die Minister*innen selbst, sondern z.B. auch Staatssekretär*innen sollen Kontakt zur Parteibasis pflegen.

Mobilität

Einleitung

Zu Beginn der Einschränkungen der Corona Pandemie in Deutschland ist das gesamte Verkehrsaufkommen in deutschen Innenstädten z.T. um 40% gesunken. Gleichzeitig stieg jedoch der Anteil an Fahrradfahrenden, sodass in einigen Städten die Verkehrsführung zugunsten von Fahrrädern verändert wurde. Diesen Trend sollten wir auch nach der Pandemie weiterfahren. Wir begrüßen es, dass viele Menschen Ihren täglichen Verkehr überdenken und wünschen mehr Bildung und Aufklärungsarbeit im Bereich der Mobilität. So erhoffen wir eine nachhaltige Reduktion des gesamten Verkehrsaufkommens.

Öffentlicher Verkehr

Der ÖPNV ist ein wichtiger Teil unserer Infrastruktur. Um den Umstieg auf Busse und Züge für noch mehr Menschen attraktiv zu gestalten, muss das Netz ausgebaut werden und mehr Wagenmaterial zu Verfügung stehen, damit kurze Taktzeiten auch in ländlichen Regionen möglich sind.

Unsere Forderung von 2017 nach einem ticketlosen Nahverkehr bleibt weiterhin bestehen. Wir möchten jedoch ergänzen, dass dies in Zusammenarbeit mit Berlin am sinnvollsten ist. Als einer der größten einheitlichen Verkehrsverbünde Europas hat der VBB die besten Grundvoraussetzungen dafür. Darüber hinaus sollten alle Mobilitätsangebote schnell und Transparent auf einer Plattform vergleichbar gemacht werden. Auch Kombinationen mehrerer Verkehrsmittel sollten dabei veranschaulicht und gleich zur Nutzung verfügbar gemacht werden.

Wir fordern den Ausbau direkter Fernverkehrsverbindungen, wie beispielsweise die neu eingerichtete IC-Verbindung von Dresden nach Rostock, die kleinere und mittlere Städte wie Elsterwerda und Oranienburg als Zwischenhalt berücksichtigt. Aber auch die Landeshauptstadt Potsdam, die Lausitz-Metropole Cottbus und die europäische Doppelstadt Frankfurt-Slubice sollten über mehr attraktive Verbindungen in andere Regionen verfügen, ohne zeitraubendes Umsteigen in Berlin (bzw. Leipzig).

Um den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, sind Gleisanschlüsse auszubauen sowie eine bessere Umschlag-Infrastruktur zu fördern. Auch das Konzept zur Verlagerung innerstädtischen Warenverkehrs auf Paket-Trams ist in den entsprechenden Städten in Brandenburg zu überprüfen. Verschiedene Modellversuche in Kombination mit Lastenrädern (beispielsweise in Frankfurt am Main) haben positive Ergebnisse gezeigt.

Motorisierter Individualverkehr

Die geltende Entfernungspauschale fördert lange Pendelstrecken und steht somit einer Reduktion des Verkehrsaufkommens entgegen. Wir fordern deshalb, diese Subventionierung abzuschaffen oder in Bezug auf Klimagerechtigkeit stark zu überarbeiten.

Ein Wechsel des Individualverkehrs zur E-Mobilität ist keine nachhaltig sinnvolle Maßnahme einer Verkehrswende. Das Ziel ist eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs auf ein notwendiges Minimum. Dafür muss die Infrastruktur alternativer Mobilitätsangebote deutlich ausgebaut werden. Motorisierter Individualverkehr soll langfristig nur die Ergänzung zum nachhaltigen Mobilitäts-Mix darstellen, wofür das Auto in der Verkehrsplanung nicht im Mittelpunkt stehen darf.

Wir begrüßen sehr, dass Kaufprämien für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren nicht geplant sind. Die Automobilbranche darf aber auch nicht über Umwege subventioniert werden und sollte langfristig auf Innovationen außerhalb des Individualverkehrs setzen. Wir stellen mit Besorgnis fest, dass Diskussionen über Kraftfahrzeuge häufig emotionalisiert werden. Wir fordern einen Kulturwandel, weg vom Auto als Statussymbol.

Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ist essenzieller Teil zur Verbesserung der Sicherheit sowie zur Entlastung von Umwelt und Infrastruktur. Wir fordern daher eine schnellstmögliche Einführung.

Nicht motorisierter Individualverkehr:

Wir begrüßen den deutlich zunehmenden Fahrradverkehr auf den Straßen in Brandenburg. Sei es für den Weg zur Arbeit oder für den Wochenendausflug. Wir fordern hier ein langfristiges Umdenken zugunsten von Fahrradfahrenden! Denn das Unfallrisiko, die Verkehrsführung und die fehlenden Stellplätze sind für viele Menschen ein Grund, nicht häufiger mit dem Rad zu fahren. Wir fordern deshalb einen umfangreichen Ausbau der Fahrradwege in ganz Brandenburg! Dazu gehören neben den Wegen selbst auch eine eindeutige Kennzeichnung sowie eine konsequente Beschilderung zur Orientierung. Hinzu kommt die Ampelschaltung, die an vielen Stellen Radfreundlicher sein muss. Eine bauliche Trennung zum Kraftverkehr, ist der sicherste Weg, um Unfälle zu vermeiden, damit mehr Bürger*innen eine angst- und stressfreie Fahrradfahrt gewährleistet werden kann. Um den nichtmotorisierten Individualverkehr auch auf gepflasterten Straßen sicherer, barriereärmer und angenehmer zu gestalten, muss eine Teilasphaltierung vorgenommen werden.

Wir begrüßen höhere Bußgelder für das Parken auf Fahrradwegen oder nicht eingehaltene Sicherheitsabstände beim Überholen. Achtsamkeit und Rücksichtnahme auf „schwächere“ Verkehrsteilnehmer*innen sollten selbstverständlich sein. Wir fordern mehr Aufklärungsarbeit zum Thema Sicherheit für PKW-Fahrer*innen sowie insbesondere für Berufskraftfahrer*innen.

Damit auch der private und gewerbliche Warentransport im innerstädtischen Bereich ohne Kraftfahrzeuge auskommen kann, muss insbesondere Lastenfahrrädern mehr Platz in Brandenburg zugesprochen werden. Dafür braucht es nicht nur die entsprechenden Radwege, sondern auch die ausreichend gekennzeichnete Stellplätze. Darüber hinaus

sollten Projekte und Organisationen, die Lastenfahrräder kostenlos verleihen, stärker gefördert werden.

Gesundheit und Soziales

Präambel:

Die Corona Krise sorgt für eine verschärfte soziale Ungleichheit. Obwohl diese Krise sämtliche Bevölkerungsschichten trifft, haben finanziell Bessergestellte es einfacher, Verluste abzufedern und Einbußen auszugleichen.

Für Geringverdienende ist es fast unmöglich, von ihrem kleinen Gehalt Geld beiseite zu legen. Aus diesem Grund haben in der aktuellen Situation viele keine Reserven, um ihre Existenz für einen längeren Zeitraum zu sichern. Nun sind Millionen von Menschen in Kurzarbeit, anderen brechen Einnahmen weg oder sie verlieren sogar ihren Arbeitsplatz. Nicht nur die Zahl der Bedürftigen steigt, auch die Gruppe derjenigen die auf Hilfsangebote wie die Tafel angewiesen sind, wächst. Zusätzlich entwickelt sich häusliche Gewalt zu einem immer größer werdenden Problem. Auch die Ökonomisierung unseres Gesundheitssystems entwickelt sich zu einem zunehmenden Problem.

Es wird Zeit, dass Menschen mit psychischen Krankheiten und Suchtproblemen ernstgenommen werden und ihnen nachhaltig geholfen wird. Durch Corona Maßnahmen mussten viele Hilfsangebote reduziert werden und soziale Kontakte verkümmerten. Die Situation dieser Menschen hat sich weiter verschlimmert durch soziale Ängste und den ohnehin schon ständigen Druck der in unserer leistungsfixierten Gesellschaft existiert. Wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg wollen Konsequenzen aus dieser Pandemie ziehen, um Situationen der Systemüberlastung vorzubeugen. Es ist an der Zeit, dass soziale Belange in den Vordergrund gerückt werden und in sämtliche politische Bereiche mit einbezogen werden. Wir können es uns nicht erlauben, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen. Jeder Mensch hat eine Stimme die gehört werden sollte. Es darf keine Randgruppe vergessen werden, auch wenn sie noch so klein ist.

Weg von der Kommerzialisierung des Gesundheitssystems

Auch vor der Coronakrise wurde zunehmend deutlich: die Ökonomisierung unseres Gesundheitssystems muss dringend stoppen. Sämtliche Pflegeeinrichtungen sind in privater Hand, der Privatisierungsgrad von Krankenhäusern hat über ein Drittel erreicht und gleichzeitig wurden staatliche Hilfeleistungen in Form von finanziellen Mitteln immer weiter gekürzt.

Die Privatisierung von Krankenhäusern sowie Pflegeeinrichtungen führt dazu, dass mit allen Mitteln versucht wird, Gewinn aus dem Pflegebedarf von älteren/ kranken Menschen zu erzielen. Häufig wird dabei vor allem eine Personal- und

Krankenhausbetten- Reduktion durchgeführt, so dass ein Fachkräftemangel existiert, der im Alltagbetrieb schon zu großer Überlastung führt.

In Coronazeiten zeigt sich aktuell, wie zerbrechlich unser Gesundheitssystem in den letzten Jahrzehnten durch diese Entwicklungen wurde. Personal stößt an Belastungsgrenzen und Lieferengpässe bei z.B. Medikamenten und Schutzkleidung traten in letzter Zeit immer wieder auf.

Es sollte keine Rolle spielen, wie lukrativ oder ökonomisch sich die Versorgung für den Anbieter herausstellt. Im Fokus sollte die bedarfsgerechte Behandlung sowie der bestmögliche Schutz von Bürgern und Bürgerinnen stehen.

Forderungen:

- gesellschaftliche Wertschätzung von Personal und angemessene Entlohnung
- Aufwertung von Ausbildungen im Pflegebereich durch bessere Bezahlung und größere soziale Akzeptanz
- Einstellung von zusätzlichem Pflegepersonal in sämtlichen Gesundheitsbereichen (Sektoren)
- Investitionsförderung durch Länder in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie die Rücknahme der Privatisierung
- Wir fordern eine Förderung regionaler Produktion von Medikamenten um Engpässe in Krisenzeiten zu vermeiden, die durch Abhängigkeiten zu vereinzelt Niedriglohnländern entstanden.
- die Aufstockung von Studienplätzen im medizinischen Bereich

Psychische Gesundheit fördern

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg steht für eine Enttabuisierung psychischer Krankheiten. Wir setzen uns für eine in der Schule beginnende, gesellschaftlich breit angesetzte Sensibilisierung und Aufklärung über die Entstehung und den Verlauf psychischer Krankheiten ein. Vor allem muss frühzeitig über Symptome verschiedener Krankheiten gesprochen werden, um zu verhindern, dass diese unentdeckt bleiben.

Gerade in unserer leistungsfixierten Gesellschaft müssen Faktoren, die beispielsweise Burnout fördern, erkannt werden. Das Vorgehen nach dem Motto „So ist es nun mal.“ gehört in den Papierkorb für Mythen der gesellschaftlichen Selbstaussbeutung. Stattdessen müssen Arbeitszeit, -druck und -moral auf Herz und Nieren geprüft werden. Keine To-Do-Liste rechtfertigt psychische Erkrankungen, die ein Leben lang anhalten können. Auch die Reduktion der Regelarbeitszeit darf nicht länger ein Tabu-Thema sein.

Wer psychisch erkrankt ist, braucht schnelle Hilfe. Nicht zuletzt die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass gerade digitale Angebote (finanziell) gestärkt werden müssen, wie beispielsweise Online-Sprechstunden oder die Telefonseelsorge. Die Möglichkeiten der digitalen Psychotherapie müssen permanent weiterentwickelt werden, um zu verhindern, dass sich Krankheiten verschlimmern. So können Leben gerettet werden.

Wir fordern:

- Psychische Krankheiten müssen als ernsthafte Krankheiten gesellschaftlich anerkannt werden, deshalb fordern wir eine Entstigmatisierung (von Fragen) der psychischen Gesundheit. Gerade Politiker*innen müssen diesen mehr Relevanz zugestehen.
- Es muss für jede*n Hilfesuchende*n einen Therapieplatz mit möglichst kurzer Wartezeit geben
- Die Hürden um ein Psychologie Studium zu absolvieren sind enorm: Die NCs oder auch Wartezeiten um einen Bachelor-Studiengang in Psychologie belegen zu können, werden immer höher und auch während des Studiums wird der Notenkampf immer größer. Obwohl ein Master-Diplom für die zukünftige Berufswelt einer/eines Psychologen/-in fast obligatorisch scheint, mangelt es an Masterstudiengang-Plätzen. Zudem ist die notwendige Ausbildung nach dem Masterstudium sehr teuer und muss privat bezahlt werden. Deshalb fordern wir dringend eine Aufstockung von Psychologie -Bachelor und -Masterstudiengang-Plätzen sowie kostenlose Weiterbildung nach dem Master.

Sucht

Die Ursachen einer Sucht können sehr unterschiedlich sein. Aber gerade das durch die Corona-Pandemie verursachte Fehlen von Alltagsstrukturen sowie verstärkte Einsamkeit erhöhen allgemein das Suchtpotential.

Wichtig ist uns, dass Suchtprävention und Selbstbestimmung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Suchterkrankungen lassen sich nicht unterbinden, indem Volljährigen der Erwerb von Drogen untersagt wird oder eine landesweite Sperrzeit für Videospiele erlassen wird. Vielmehr hängt Suchtprävention mit dem richtigen Umgang mit Fragen psychischer Gesundheit zusammen – eine große Rolle spielt zudem die

Enttabuisierung und Thematisierung von Suchtpotential in allen Bereichen der Bildung und Sozialisation.

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg spricht sich für größtmögliche Suchtprävention, auch in Krisensituationen aus.

Wir fordern:

- Eine starke Ausweitung der Hilfsangebote, Hotlines und Betreuungsangebote
- Eine Aufwertung dieses Bereiches und mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Politiker*innen
- Mehr offene Aufklärungsarbeit in Schulen und im öffentlichen Raum von Organisationen wie Chill out e.V.
- Bestehende bürokratische Hürden zum Wohle der Betroffenen verringern
- Das Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung

Häusliche Gewalt:

Häusliche Gewalt ist körperliche, psychische und sexuelle Gewalt, die meist innerhalb einer Partnerschaft oder Familie ausgeübt wird und Kontrolle und Machtausübung zum Ziel hat. Diese Gewalt richtet sich hauptsächlich gegen Frauen und Kinder und wird vor allem von cis Männern ausgeübt

Das Netz an Hilfsangeboten ist ohnehin schon mangelhaft und die Einrichtungen für Betroffene schwierig zu erreichen, doch in Zeiten von Corona, wo es gilt jeglichen Kontakt außerhalb des eigenen Haushalts zu vermeiden, können Täter nun noch einfacher sicherstellen, dass Betroffene keinen Zugang zum Hilfesystem bekommen. Besonders wenn Kindern und Jugendlichen Opfer von häuslicher Gewalt werden, wird dies häufig in Kitas, Schulen und z.B. sportlichen/kulturellen Einrichtungen aufgedeckt. Das fällt momentan weg. Daher ist damit zu rechnen, dass die Dunkelziffer der nicht entdeckten Fälle von häuslicher Gewalt ansteigt.

Obwohl das Problem schon lange bekannt ist, fehlen bundesweit fast 15.000 Plätze in Frauenhäusern. Die wenigen vorhandenen Einrichtungen sind seit Jahren unterfinanziert und überlastet.

Immer wieder müssen Frauen aufgrund der begrenzten Kapazitäten abgewiesen werden. Ein Viertel aller Frauenhäuser in Brandenburg kann keine Hilfesuchenden mehr unterbringen. Es fehlen vor allem Fachkräfte, um eine gestiegene Anzahl von Frauen zu betreuen. Das ist eine unmögliche und unzumutbare Situation. Denn Frauen, die Gewalt erfahren, kommen in der Regel spontan und zu einem unvorhersehbaren

Zeitpunkt im Frauenhaus an. Sie können nicht warten, bis wieder ein Zimmer frei wird. Frauenhäuser müssen jetzt massiv und langfristig, personell und finanziell aufgestockt werden, um Frauen in Not einen sicheren Platz zu bieten und sie aus ihrer Notlage zu befreien.

Daher fordern wir:

- Das Recht jeder Frau auf einen Frauenhausplatz, um den Schutz von Frauen im Krisenfall gewährleisten zu können
- Ausreichende, langfristige finanzielle Unterstützung aller Frauenhäuser, sodass Einrichtungen nicht jedes Jahr wieder einen enormen bürokratischen Aufwand haben, um ihr Überleben zu sichern.
- Bessere Absprache zwischen Ländern und Bund. Diskussionen über Zuständigkeiten für die Finanzierung von Frauenhäusern dürfen nicht die Notlagen überlagern, in denen sich von häuslicher Gewalt betroffene Frauen befinden.
- Frauenhauskoordinierung verbessern: mindestens ein Frauenhaus pro Landkreis, damit Frauen schnell und in Nähe ihres Wohnorts Hilfe und Schutz finden. Aus diesem Grund fordern wir ein Frauenhaus in Potsdam-Mittelmark.
- Bundesweite Möglichkeit der Unterbringung: Frauen die beispielsweise auf der Flucht vor Ihrem Partner sind, müssen immer die Möglichkeit haben, in einem anderen Bundesland unterzukommen.
- Angemessene Bezahlung & Aufstockung der psychologischen, organisatorischen und Kinderbetreuungskapazitäten in Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen.
- Barrierearme Gestaltung der Frauenhäuser: In den meisten Frauenhäusern können Frauen mit Behinderungen bislang nicht aufgenommen werden, obwohl diese besonders häufig von Gewalt betroffen sind. Insbesondere der barrierearme Zugang ist oft mit hohen Kosten verbunden, die die Frauenhäuser alleine nicht aufbringen können.
- Öffentlichkeitsarbeit zur Gewaltprävention: mehr Werbung für Beratungsstellen und Hilfsangebote im öffentlichen Raum wie zum Beispiel die Kummer Telefonnummer auf Kassenbons, Werbung in Sozialen Medien, Webpräsenz, Broschüren, Flyer.

- regelmäßige Sensibilisierungstrainings: für Polizistinnen, Lehrkräfte, Betreuerinnen in Kitas, sowie Mitarbeiter*innen in Sportzentren und Kultureinrichtungen, um deren Wahrnehmung für Fälle häuslicher Gewalt zu schärfen und ihnen angemessenes Reagieren zu ermöglichen.

Die Tafel:

Die Existenzsicherung der Bevölkerung ist eine Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft. Ehrenamtliche Helfer*innen, die aktuell unglaubliche Arbeit leisten, sollten nicht die Last tragen und für politische Versäumnisse der Regierung zuständig sein. Die durch Corona verursachte Preissteigerung von frischen Lebensmitteln erfordert eine Erhöhung der sozialen Unterstützungssätze, welche bislang aber nicht erfolgte.

Wir unterstützen die Forderungen der Tafel für die sozial-ökologische Wende. Dabei ist uns besonders wichtig:

Ehrenamtsförderung durch Anreize der Politik:

Bei der Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit z.B. (bei) der Tafel sollten auch finanzielle Anreize in den Bereichen Steuern und Rente geschaffen werden. So könnte beispielsweise der landesweite Ehrenamtsausweis, der es Kultureinrichtungen oder Gastronomie ermöglicht, Rabatte und Vergünstigungen für engagierte Personen anzubieten, bekannter gemacht- und unbürokratischer in der Beantragung werden. Wer dabei hilft, Existenzen zu sichern, soll nicht selbst um seine Existenz fürchten müssen

Armutsbeauftragte(r) auf Bundes- und Landesebene:

Das Konzept der Tafel kann keine langfristig nachhaltige Lösung darstellen. Armutsbekämpfung benötigt strukturelle Lösungen. Aus diesem Grund sollte die Bekämpfung von Armut immer wieder bei Gesetzentwürfen und politischem Handeln in den vielfältigsten Bereichen mit bedacht werden. Ein*e Armutsbeauftragte*r auf Bundes- und Landesebene könnte dabei helfen, die Belange von Bedürftigen in den Fokus zu rücken.

Digitalisierung demokratisch gestalten

Die Corona-Pandemie hat zu einem abrupten Digitalisierungsschub geführt, der uns noch einmal vor Augen führt, wie stark digitale Lösungen in unseren Alltag eingebunden sind. Der Kontakt zu Freund*innen, die Arbeit im Home-Office, die Debatte über politische Entscheidungen oder ehrenamtliches Engagement wären ohne die Nutzung digitaler Angebote so nicht möglich gewesen.

Gleichzeitig wird aber auch deutlich, wie groß die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern sowohl im privaten, als auch im politischen, geschäftlichen und ehrenamtlichen Umfeld ist. Jetzt muss die Chance genutzt werden, die Digitalisierung demokratisch und transparent zu gestalten.

Gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur aufbauen

Um den Zugang zu digitalen Angeboten erleichtern, wollen wir, dass der Aufbau eines gemeinwohlorientierten, von Profitinteressen unabhängigen digitalen Ökosystems gefördert wird. Dabei soll konsequent auf die Einhaltung offener Standards und dem konsequenten Einsatz freier Software geachtet werden, um gesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung über die digitale Infrastruktur zu ermöglichen. Nur wenn freie Alternativen gefördert werden, ist der freie und gleichberechtigte Zugang zu digitalen Tools und Plattformen möglich. Statt zentrale Lösungen unter staatlicher Kontrolle zu betreiben wollen wir zivilgesellschaftlich entwickelte und dezentral betriebene Software fördern.

Digitale Zivilgesellschaft stärken

Ob bei der Bereitstellung freier Funknetze, oder der Entwicklung von freier Software, im digitalen Bereich existieren bereits starke zivilgesellschaftlicher Akteur*innen mit hoher Expertise und großem Engagement. Diese bieten die Dynamik und Kreativität, die nötig ist, um gemeinnützige Alternativen zu den Angeboten profitorientierter Unternehmen zu schaffen. Um diese Kompetenzen zu nutzen, bedarf es einer Projektförderung, die über die Prototyp-Phase hinausgeht und auch die Pflege und Weiterentwicklung. Denkbar wären für uns auch Förderprogramme, die darauf abzielen bestehende Angebote einfacher zugänglich zu machen. So könnte bei bestehenden Projekten zum Beispiel mit Förderprogrammen zur Verbesserung der Barrierefreiheit, zur User Experience und Sicherheit von Anwendungen und technischer Infrastruktur beigetragen werden, um diese einem breiterem Publikum zugänglich zu machen.

Bei den zahlreichen gesellschaftlichen Fragestellungen der Digitalisierung soll die Zivilgesellschaft frühzeitig miteinbezogen werden, sowohl anlassbezogen z.B. in Form von Hackathons, Ideenwettbewerben und Diskussionsveranstaltungen als auch durch regelmäßigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Verbänden.

Public Money? Public Code!

Statt von staatlicher Seite aus viel Geld für Software-Lizenzen auszugeben und sich in einem Geflecht aus proprietären Insellösungen zu verheddern, wünschen wir uns den

Aufbau einer staatlichen Software-Infrastruktur auf Basis freier und quelloffener Lösungen, die an die Bedürfnisse der verschiedenen staatlichen Stellen angepasst werden können. Auf diese Weise kann öffentlich finanzierte und staatlich eingesetzte Software durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen überprüft, verbessert und genutzt werden.

Netzausbau in Brandenburg

Um eine gesellschaftliche Teilhabe auch im digitalen Raum für alle zu ermöglichen, muss allen Bürger*innen ein schneller und zuverlässiger Internetzugang gewährleistet werden. Zwar besitzen über 92% der Haushalte in Brandenburg einen Anschluss mit mindestens 16 Mbit/s, dies ist jedoch für effektives Arbeiten und Lernen von Zuhause nicht ausreichend. Besonders im ländlichen Raum sind leistungsfähige Geschwindigkeiten von über 100 Mbit/s nur in knapp 55% der Haushalte verfügbar. Die für die Zukunft benötigten Geschwindigkeiten von über 1 Gbit/s sind bisher fast nur in städtischen Gebieten und auch nur für ca. 16% der brandenburgischen Haushalte verfügbar.

Die Verfügbarkeit von frei zugänglichen WLAN-Hotspots in öffentlichen Gebäuden in Brandenburg ist selbstverständlich. Der 2018 beschlossene Ausbau an 1200 Standorten ist jedoch bisher nicht abgeschlossen. Auch öffentliche Plätze und Parks sollten berücksichtigt werden.

Um die ländlichen Räume zu stärken, ist auch ein flächendeckender Mobilfunkempfang von höchster Wichtigkeit. Bei der Verfügbarkeit von LTE ist Brandenburg aktuell bundesweites Schlusslicht. Für eine zufriedenstellende Internetnutzung im Nah- und Fernverkehr, müssen besonders entlang der Verkehrsachsen entsprechende Kapazitäten entstehen.

Wir fordern deshalb

- stärkere Förderung der Breitbandausbaus, insbesondere in ländlichen Gebieten
- schnelle Inbetriebnahme der beschlossenen WLAN-Hotspots, sowie eine kontinuierlich Überprüfung weiterer Standorte
- Ausbau von Mobilfunk im ländlichen Raum, insbesondere auch entlang der Schienentrassen

Chancengerechtigkeit von Anfang an

Durch die aktuell herrschende Corona Pandemie, ist die soziale Ungleichheit im Brandenburger Ausbildungssystem deutlicher denn je geworden. Die GRÜNE JUGEND Brandenburg sieht es als ihren Grundsatz an, das im Bildungssystem keine Chancengerechtigkeit geben darf. Um die aktuell bestehenden Missstände zu bekämpfen, fordern wir:

- kostenlose Nachhilfeleistungen
- statt Hausaufgaben mehr flexible & individuelle Nachbereitungszeit, welche durch Lehrkräfte begleitet wird.
- eine vollständige Abkehr vom Prinzip des NC bzw. der Beurteilung nach Notendurchschnitt und stattdessen die Betrachtung individueller Interessen und Fähigkeiten
- ein Gesellschaftliches Neudenken von Noten & Abschlüssen. Ein erreichter oder nicht erreichter Abschluss darf zukünftig nicht über den gesamten Lebensweg entscheiden!

Mehr Mitbestimmung in der Schule

"Schule in Brandenburg soll junge Menschen darauf vorbereiten, den Herausforderungen unserer Gesellschaft mutig und mit frischen Ideen entgegenzutreten zu können, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sie dazu anregen, ihre Umwelt aktiv mitzugestalten und damit einen Einfluss auf gesellschaftlichen Wandel zu tragen." So steht es im Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 22.09.2019 in Bernau und diese Ziele möchten wir erreichen. Doch die Realität derzeit ist eine andere. Viele Schüler*innen erleben die Schule nicht als eine Möglichkeit der kreativen Entfaltung und persönlichen Entwicklung, sondern als einen Ort, der sie in starre Muster zwingt und wenig Freiraum lässt, die eigenen Stärken und Interessen zu finden und zu fördern.

Der Wunsch nach mehr Mitbestimmung und Individualisierung ist groß.

Deshalb fordern wir, dass Schüler*innen künftig mehr Möglichkeiten gegeben werden, aktiv ihre Bildungsinhalte sowie deren Vermittlung mitzubestimmen.

1 & 0 nicht nur in Mathe!- Digitalisierung konsequent umsetzen

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg setzt sich für eine stärkere Digitalisierung des Bildungssystems ein.

Wir verstehen die Digitalisierung als eine Chance für mehr differenziertes Lernen und mehr Chancengleichheit.

Wir fordern:

- Dass an jeder Schule Technikbeauftragte eingesetzt werden.
- Regelmäßige verpflichtende Aus- und Weiterbildungen der Lehrkräfte für die Verwendung von Digitalen Medien.
- Wir fordern eine Ausstattung des Bildungsservers mit Selbstlernmaterialien für Schüler*innen.
- Das Recht jede*r*s Schüler*in Beantragung auf finanzielle Mittel für technische Geräte.
- Die bürokratiearme Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln
- Bereits bestehende Förderprogramme müssen besser kommuniziert und genutzt werden.
- Es muss jederzeit gewährleistet werden, dass bedürftige Schüler*innen auf diesen Eta zurückgreifen können.
- Alle Schulen müssen vergleichbar und zukunftsorientiert digital ausgestattet werden

Abschaffung des Paragraphen 59 Absatz 2 und 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes

Jahr für Jahr bangen zahllose Schüler*innen, um die Versetzung in die nächste Klasse. Die einzige Lernmotivation ist der Notendruck. Doch trotz immenser Anstrengung schaffen es einige Schüler*innen nicht in die nächste Klasse versetzt zu werden, weil man "nicht erwartet", dass sie erfolgreich an der nächsten Jahrgangsstufe teilnehmen können. Man verspricht sich davon einen größeren Lernerfolg der Schüler*innen im kommenden Jahr. Diese Effekte werden jedoch maßlos überschätzt. Eine der größten Bildungsstudien überhaupt - die so genannte Hatti-Studie - untersuchte über 800 Meta-Analysen. Das Ergebnis spricht eine klare Sprache. Das Wiederholen der Klasse wirkt sich insgesamt sogar nachteilig auf die Lernleistung der Schüler*innen aus. Die Bildungsforschung spricht sich also eindeutig gegen das Wiederholen der Klasse aus.

Deshalb fordern wir, dass Paragraph 59 Absatz 2 und 3 abgeschafft bzw. maßgeblich überarbeitet wird. Ein Wiederholen der Klasse sollte lediglich auf freiwilliger Basis möglich sein.

Inklusion umsetzen

Wir als Grüne Jugend stehen zur konsequenten Umsetzung der Inklusion an Schulen. Um allen Schüler*innen eine dementsprechende Ausbildung zu ermöglichen müssen die Lehrkräfte individuell auf die Schüler*innen eingehen können. Dies wird dann gewährleistet, wenn die Schüler*innen mit niedrigen Kompetenzen der deutschen Sprache gleichmäßig auf die Schulen in einem Siedlungsraum aufgeteilt werden.

Wir fordern eine Dezentralisierung der Schüler*innen mit niedrigen Kompetenzen der deutschen Sprache, um allen eine individuelle Förderung zu ermöglichen.

Inklusion auch während einer Pandemie

Schüler*innen mit Vorerkrankungen dürfen nicht anders behandelt werden als ohne Vorerkrankungen, denn nur so findet wirkliche Inklusion statt. Es gibt Schüler*innen welche Teil der Risikogruppe sind und daher nicht regulär am Präsenzunterricht teilnehmen können. Es muss die Möglichkeit geben, dass Schüler*innen per Videokonferenz am Geschehen der Klasse teilnehmen können. Dabei ist es wichtig, dass nicht nur Schüler*innen mit Vorerkrankungen diese Möglichkeit haben dürfen, sondern alle Schüler*innen. Viele Schüler*innen sehen dies sonst als Privileg für die Menschen der Risikogruppe an. Dadurch entsteht Mobbing, Ausgrenzung und Eifersucht.